Hamburger Abendblatt

Chefredakteur: Martin Salier. Verlagsleiter: Rudolph Gothner. Stellvertretende Chefredakteure: Fred Hansch, Josef Ollig. Chefs vom Dienst: Rudolf Brünig, Manfred Schwark. Chefreporter: Wolfgang Fricke. Verantwortlich für den Inhalt: Politik: Günther Genske, Dr. Gisela Schoeler (Inland), Hans-Jürgen Müller (Ausland). Lokales: Wolfgang Schmidt. Stadtteile: Walter Küpkler. Sports: z. Z. Wolfgang Fricke. Feuilleton und Film: Eberhard v. Wiese. Kulturpolitik: W. M. Herrmann. Wissenschaft und Forschung: Dr. H. L. Schrader. Mode und Frau: Liselott Alverdes, Frauke Sette. Wirtschaft: Dr. J. Paretzberg. Schiffahrt: Dipl.-Volkswirt H. H. Kroll. Allgemeines: K. Losch. Motor und Straße: Georg K. Weden. Bilder: Marie-Luise Dalchow. Sonderredaktion: Dr. Hildegard Damrow. Politische Korrespondenten: Herbert G. Haake (Bonn), Dr. Erich Hoepfner, Egbert A. Hoffmann. Bonner Redaktion: Wilhelm Stampfel. Gestaltung: Karl Gröning jr.. Herstellung: Robert Klisch, alle in Hamburg. Zuschriften an Redaktion Hamburger Abendblatt, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 6. Artikel, die mit Namen oder Initialen des Verfassers gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Anzeigenleiter und verantwortlich für den Anzeigenteil: Wolfgang Hoffmann. Vertriebsleiter: Walter Ewald.

Vorgeplänkel

Die gehobene Stimmung im Bonner Elternhaus der Großen Koalition weicht allmählich einer sorgenvollen, doch durchaus heilsamen Unruhe. Das Jahr der jovialen Partnerschaft ist vorbei. Der politische, vielleicht der härteste aller Wahlkämpfe steht vor der Tür. Sozialdemokraten und Christdemokraten, zur Stunde noch als Zwillinge im Kabinett vereint, füllen ihre Arsenale mit Munition für den großen parteipolitischen Bruderkrieg.

Die ersten Vorgeplänkel haben bereits begonnen, und das ist gut so. Denn parlamentarische Demokratie muß, wenn sie nicht durch Blutarmut dahinsiechen soll, ständige Auseinandersetzung sein. Majorität und Minorität müssen im steten Spannungsfeld leben. Das Parlament braucht wieder eine starke Opposition. Es ist schließlich aus dem Trieb zur Opposition entstanden, aus dem Willen, der Exekutive (also der Regierung) eine ihre Macht einschränkende Kontrolle entgegenzusetzen.

Letztlich ist die Opposition selbst ein Stück Regierung, jederzeit befähigt und willens, die Regierung zu übernehmen, sobald sich die Minderheit in Mehrheit wandelt. Ihr ständiges natürliches Streben ist es, diese Wandlung herbeizuführen, indem sie für ihre politischen Auffassungen und Ziele eine Majorität zu gewinnen trachtet.

In Baden-Württemberg hat sich nun die SPD dem Werben des CDU-Ministerpräsidenten Filbinger aus verständlichen Gründen versagt. Sie tat es nicht aus Opposition um der Opposition willen. Der schwäbische Wähler hat der sozialdemokratischen Regierungsmitbeteiligung in Stuttgart eine Absage erteilt. Es ist nur logisch, daß die SPD hieraus die Konsequenzen zieht und zur eigenen Gesundung die harten Oppositionsbänke den weichen Ministersesseln vorzieht. Das Ergebnis der Landtagswahlen vom 28. April läßt den Schluß zu, daß die Wähler wieder eine starke Opposition im Parlament sehen wollen.

Das sich in Stuttgart abzeichnet, kann sich zu gegebener Zeit in Bonn wiederholen. Es liegt auf der Hand, daß die Entscheidung der schwäbischen Sozialdemokraten nicht ohne Rückwirkung auf die Sozialdemokraten in der Bundesrepublik bleibt. Das ist kein Anlaß zur Dramatisierung. Wer hier von einem Schwabenstreich spricht oder gar vom Anfang einer Demontage der Demokratie, stellt sich selbst ein schlechtes Zeugnis aus. Demokratie ist kein Bilderbuchsystem, in dem alles reibungslos zu geschehen hat.

Nach der Absage der SPD bemüht sich Filbinger nun um die Freien Demokraten, denen er vor Jahresfrist noch die kalte Schulter zeigte. Doch die FDP zeigt sich spröde. Auch sie verspricht sich zur Zeit von ihrer Oppositionsrolle mehr Lorbeeren als von einer Beteiligung an der Regierungsverantwortung. Bleibt sie bei dieser Haltung, dann müssen die Schwaben damit rechnen, noch einmal an die Urnen gehen zu müssen. Die Landesverfassung sieht diese Möglichkeit der Neuwahlen vor.

Filbingers Ärger über die Haltung der FDP mag menschlich verständlich sein, sachlich geht seine Kritik am Kern vorbei. Es ist richtig, daß die Wähler am 28. April eine Situation geschaffen haben, die den Zwang zur Bildung einer Koalitionsregierung in sich trägt. Wenn nun aber die Bildung einer solchen Regierung nicht möglich ist, dann muß dem Wähler die Chance gegeben werden, eine neue, klare Situation zu schaffen. Mit einer Minderheitsregierung lassen sich die anfallenden Probleme der Landespolitik nicht lösen.

Eine außerplanmäßige Neuwahl — sie wäre die erste in der Bundesrepublik — könnte zugleich ein neuer Test sein, der in Bonn zu Buche schlagen würde. Schwäbische Neuwahlen könnten zum Beispiel zeigen, ob sich der Teil der Trotz- und Protestwähler, die der NPD ihre Stimme gaben, wieder verflüchtigt, oder ob er sich im extrem politischen Winkel etabliert. Der Test könnte vor allem bei den großen Parteien den Prozeß der schmerzlichen Selbstüberprüfung beschleunigen. Die großen Parteien müssen aktiver werden, wenn sie den verlorenen Boden wiedergewinnen wollen. Nur so kann sich die Forderung des Bundeskanzlers erfüllen, die er unmittelbar nach Bekanntwerden des Stuttgarter Wahlergebnisses aussprach: „Die NPD muß bis 1969 herunter."

G. G.

Die Meinung der anderen

Frankreich wartet auf die Worte de Gaulles

Die Regierung Pompidou wurde von der Nationalversammlung nicht gestürzt. Gespannt wartet Frankreich heute auf die Rede de Gaulles. Wie wird es weitergehen?

Les Echos

Die Wirtschaftszeitung „Les Echos" schreibt:

„Man schreibt de Gaulle die Absicht zu, im Juni einen Volksentscheid zu planen, mit dem über den Grundsatz der Beteiligung der Bürger auf allen Ebenen des öffentlichen und sogar des privaten Lebens entschieden werden soll. Aber wenn sich diese Hypothese bestätigt, sind zwei Probleme vorher zu lösen, nämlich die der Regierung und die der Unordnung. Wie kann man sich eine allgemeine Volksbefragung in der Unordnung vorstellen, und wie kann man glauben, daß die Unordnung unter der Autorität der gegenwärtigen Regierung ein Ende findet?"

LE FIGARO

Der konservative Pariser „Figaro" glaubt:

„Die gespaltene Opposition ist trotz ihrer Programme und Plattformen unfähig, die Kommandohebel in die Hand zu nehmen. Sie muß heute erleichtert sein bei dem Gedanken, daß ihr gestern eine solche Prüfung erspart worden ist.

Sie wird nun in aller Ruhe, so wie sie es unablässig seit zehn Jahren getan hat, ihre Entrüstung hinausschreien können und sich bereiterklären, zu intervenieren und zu kritisieren. Aber welch eine harte und schwere Lehre für die Staatsgewalt, die sich bisher der Selbstzufriedenheit hingab. Jetzt wartet man auf die Worte des Staatschefs. Hoffen wir, daß es zum Dialog kommt zwischen den Gewerkschaftern, die sich ihrer Verantwortung bewußt sind, und dem Mann der großen Stunden, dessen Schweigen nur so lange gedauert hat, im Zeichen der Reformen und in einem beruhigten sozialen Klima wünschen alle, daß Frankreich wieder Tritt faßt."

LE POPULAIRE

Das sozialistische Blatt „Populaire" ist der Ansicht:

„Pompidou ist vor der Nationalversammlung gerettet worden. Es ist nicht sicher, daß er in der Vorstellung General de Gaulles gerettet wurde. Fest steht, daß er es nicht in den Augen des Landes ist. Nichts hat sich an den Zielen der Opposition geändert, nämlich der Rückkritt der Regierung und allgemeine Wahlen. Das ist der demokratische Weg, den wir mit seinen Risiken in größter Ruhe akzeptieren und den die Staatsmacht, wenn sie nur einen Anschein von Mut und Würde hätte, unverzüglich ebenfalls akzeptieren würde. Aber die Staatsmacht hat nur eine Sorge, nämlich zu überleben. Sie ist weder vom Volkswillen beseelt, noch vom nationalen Interesse, noch vom gesunden Menschenverstand. Man muß also noch stärker drängen, damit sie von der Szene abtritt."

In Stuttgart alle Türen zugeschlagen

Maximal-Forderungen der FDP / Neuwahlen nicht ausgeschlossen

Eigener Bericht

th. **Stuttgart**/haa. **Bonn, 24. Mai**

Alle Türen zur Bildung einer neuen Koalitionsregierung in Baden-Württemberg scheinen zur Zeit zugeschlagen. Nach der Absage der SPD an die CDU hat die FDP am Mittwoch für den Fall einer Kleinen Koalition so umfangreiche Forderungen gestellt, daß nach Ansicht landespolitischer Beobachter auch eine CDU/FDP-Regierung kaum noch in Frage kommt. Damit sind Neuwahlen nicht mehr ausgeschlossen.

Eine Wiederholung des Wahlganges stößt jedoch bei den maßgebenden Männern der Bonner Koalitionsparteien SPD und CDU auf starke Bedenken. Beim letzten Spitzengespräch im sogenannten „Kress-Bronner-Kreis" sollen der SPD-Vorsitzende Brandt und sein Stellvertreter Wehner erklärt haben, daß niemand ein Interesse an Neuwahlen haben könne, bei denen vermutlich die NPD ihre Stimmenzahl weiter erhöhen würde.

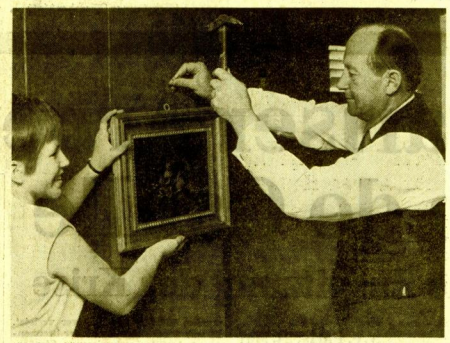
Auch Bundeskanzler Kiesinger soll sich im „Kress-Bronner-Kreis" nachdrücklich gegen Neuwahlen im Südwest-Staat ausgesprochen haben.

Nach einer siebenstündigen spannungsgeladenen Sitzung der FDP-Organe in Stuttgart nannte der Landesvorsitzende Dr. Hermann Müller die Voraussetzungen für die Bildung einer Kleinen Koalition, die er als die Verwirklichung einer „neuen Politik" bezeichnete. Diese neue Politik beschränkt sich nicht nur auf Landesangelegenheiten, sondern begibt sich auch in die „große Politik".

Nach dem Arbeitsprogramm der FDP soll sich eine Kleine Koalition in Stuttgart verpflichten, Politik gegen die Große Koalition in Bonn zu machen. So soll die Stuttgarter Landesregierung unter anderem die Verfassungsänderung der Notstandsvorlage von CDU und SPD ablehnen. Dr. Müller bezeichnete die Haltung der FDP nicht als eine Absage an die CDU, sondern nur eine klare Absage an deren bisherige Politik".

Ministerpräsident Filbinger hat inzwischen sehr scharf und prononciert auf die FDP-Forderungen geantwortet. Er bezeichnete die Haltung der Freien Demokraten als anmaßend, töricht und arrogant. Nach den Worten Filbingers hat die FDP auf ein faires Verhandlungsangebot mit dem anmaßenden Versuch geantwortet, schon vor den Verhandlungen die weitaus stärkste Partei im Lande zur Kapitulation zu zwingen.

Der geschäftsführende Landesvorsitzende der SPD, DGB-Landesvorsitzer Eugen Loderer, wertete die Haltung der FDP als eine deutliche Absage. Mindestens zwei Drittel der FDP-Forderungen könnten von der CDU nicht angenommen werden. Damit ergäbe sich die Notwendigkeit von Neuwahlen. Loderer meinte, daß durch eine Neuwahl SPD und FDP so viel Stimmen erhalten könnten, daß sie zusammen die Mehrheit im Parlament bekämen. In der Landesverfassung ist festgelegt, daß der Landtag als aufgelöst gilt, wenn drei Monate nach dem ersten Zusammentritt des neuen Parlaments — das wäre der 11. Juni — keine Regierung zusammengekommen ist. Dann müssen laut Verfassung Neuwahlen ausgeschrieben werden. **(Siehe Leitartikel)**



Mit sicherer Hand schlug Baden-Württembergs Ministerpräsident Dr. Hans Filbinger einen Nagel in seinem neuen Stuttgarter Heim ein. Eine weniger glückliche Hand hat der CDU-Politiker beim Zimmern einer neuen Koalitionsregierung. Unser Foto zeigt ihn beim Bilderaufhängen im Wohnzimmer. Tochter Bärbel hilft ihm dabei.

Grünes Licht für die Notstandsgesetze

Keine Einwände der Alliierten / Weiterhin Proteste

Von unserer Bonner Redaktion

haa. **Bonn, 24. Mai**

Die endgültige Verabschiedung der gesamten Notstandsgesetzgebung in Bonn hat grünes Licht. Nachdem die zuständigen Parlamentsausschüsse am Mittwoch auch die „Einfachen Notstandsgesetze" abschließend beraten haben, gilt es als sicher, daß das Gesetzeswerk am 29. Mai im Bundestag die erforderliche Mehrheit erhält.

Bis Anfang nächster Woche dürften auch die drei Westalliierten das Erlöschen ihrer Vorbehaltsrechte in einem Notenwechsel bestätigen. Nach Mitteilung des Bonner Regierungssprechers werden sie keine Einwände erheben.

Bei den Ausschußberatungen erfuhr insbesondere das Arbeitssicherstellungsgesetz auf Initiative der SPD wesentliche „Entschärfungen". Die wichtigsten Änderungen sind:

- Auch in Spannungszeiten und im Verteidigungsfall darf von den vorgesehenen Möglichkeiten der Bindungen an einen bestimmten Arbeitsplatz nur Gebrauch gemacht werden, wenn nicht genügend Freiwillige da sind.
- Das Recht zur Beendigung des Arbeitsverhältnisses von Frauen soll nur bis zum 55. Lebensjahr eingeschränkt werden können, nicht aber — wie bisher vorgesehen — bis zum 60. Lebensjahr.
- Die Arbeitgeber und die Dienstherren des öffentlichen Rechts dürfen Auskünfte über ihre Beschäftigten nur nach vorheriger Unterrichtung des Betriebs- oder Personalrates erteilen.
- Die vorgesehene Einschränkung des Rechtsweges, wonach keine Berufung und keine Beschwerde möglich sein solite, wurde gestrichen.
- Rechtsverordnungen, mit denen die Bundesregierung weitere Anwendungsbereiche des Gesetzes bestimmen kann, können durch den Bundestag wiederaufgehoben werden.

Die Protestbewegungen gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze gehen weiter. Sie beziehen zunehmend Teile der Gewerkschaften ein.

Der erweiterte Vorstand der IG Druck und Papier appellierte an das Parlament, die dritte Lesung zu vertagen. Andernfalls seien spontane Protestaktionen zu erwarten. In einem Vorstandsbeschluß heißt es dazu, die Gewerkschaft werde sich in ihrem Organisationsbereich mit diesen Aktionen solidarisch erklären.

Die Ortsverwaltung der IG Metall München hat ihren Vorstand in Frankfurt aufgefordert, eine Revision des DGB-Beschlusses anzustreben, in dem ein Streik als Protest gegen die Notstandsgesetze abgelehnt wird.

Der Vorstand des Verbandes Deutscher Studentenschaften rief seine Mitglieder auf, zusammen mit Vertretern der Arbeiter- und Schülerorganisationen vom 27. bis 29. Mai Protestveranstaltungen, Demonstrationen und Streiks vorzubereiten.

Ein „teach-in" zum Thema Notstand im „Otto-Suhr-Institut" an der Freien Universität Berlin endete in der Nacht zum Donnerstag mit einem Tumult.

Pressekommission für Marktanteil-Begrenzungen

Abschlußbericht nach einjähriger Tätigkeit in Bonn

Deutsche Presse-Agentur

Bonn, 24. Mai

Die von der Bundesregierung eingesetzte Pressekommission hat empfohlen, für Tages- und Sonntagszeitungen sowie für Publikumszeitschriften Marktanteil-Begrenzungen einzuführen. Die unter Vorsitz des Kartellamtspräsidenten Dr. Eberhard Günther tätig gewesene Kommission hat am Mittwoch ihren Schlußbericht mit großer Mehrheit verabschiedet.

Die Kommission war im Mai 1967 eingesetzt worden, um die Gefährdung der wirtschaftlichen Existenz von Presseunternehmen und die Folgen der Konzentration für die Meinungsfreiheit in der Bundesrepublik zu untersuchen.

Nach den Empfehlungen der Kommission soll ein Verlagsunternehmen sowohl auf den Sektoren Tages- und Sonntagszeitungen als auch Publikumszeitschriften nicht mehr als 40 Prozent Marktanteil besitzen. Die Pressekommission sieht in einem 40prozentigen oder höheren Marktanteil eine Beeinträchtigung der Pressefreiheit. Eine Gefährdung der Pressefreiheit sieht die Pressekommission auf beiden Sektoren bereits bei einem Marktanteil von 20 Prozent.

Sie empfiehlt der Bundesregierung, weiterhin jährlich über Lage und Entwicklung der deutschen Presse dem Bundestag einen Bericht vorzulegen. Hierbei soll ein Sachverständigenausschuß des Deutschen Presserates das grundlegende Material liefern.

Pariser Marsch

Fortsetzung von Seite 1

Grenzübergang erzwingen. Der „Marsch über die Grenze" soll entweder bei Saarbrücken oder Straßburg stattfinden.

Völlig überraschend haben nun auch die französischen Bauernverbände gestern mit den ersten Protestaktionen begonnen. Heute wollen die Bauern an den Massendemonstrationen in Paris und der Provinz teilnehmen.

Der Streik breitet sich währenddessen immer weiter aus. Über neun Millionen Menschen sind jetzt im Ausstand. Die Lebensmittelpreise sind teilweise schon bis zu 20 Prozent gestiegen. Fleisch und Gemüse werden immer knapper.

Der Erzbischof von Paris hat einen Appell an „alle Menschen guten Willens" gerichtet, kaltes Blut zu bewahren. Die Gewerkschaften hoffen seit Mittwoch, seit Premierminister Pompidou ankündigte, daß er zu Gesprächen bereit ist, vergeblich auf ein erstes Wort der Regierung. Zwei Tage sind ungenutzt verstrichen.

Wie gelähmt wartet Frankreich auf den heutigen Abend. Denn vor der Rede des Generals geschieht nichts. Immer unverhohlener wird in den Pressekommentaren die Ansicht geäußert, daß es die Absicht der Staatsführung sein könnte, die Lage so zu verschlechtern, daß die Franzosen jede Wiederherstellung der Ordnung als Rettung begrüßen würden.

Alle politischen Beobachter in der französischen Metropole glauben, daß der Präsident heute abend eine umfassende Regierungsumbildung als Voraussetzung für die Aufnahme von Gesprächen mit den Gewerkschaften ankündigen werde.

Weiter wird erwartet, daß der General weitgehende Reformen in der Sozialpolitik und im Hochschulwesen verkünden wird und darüber eine Volksabstimmung im Juni abhalten will. Premierminister Pompidou hatte schon in seiner Parlamentsrede den Eindruck hinterlassen, daß die Regierung tatsächlich entschlossen sei, sofort alle notwendigen Reformen anzupacken.

BUNTE WELT

Kiesinger wird Ehrendoktor

Der europäische Zweig der amerikanischen University of Maryland, der seinen Sitz in Heidelberg hat, wird Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger am 2. Juni zum Ehrendoktor der Rechte ernennen. Die Überreichung des Doktorhutes erfolgt im Rahmen einer Feierstunde, bei der die diesjährigen Absolventen der Universität ihre Abschlußdiplome erhalten.

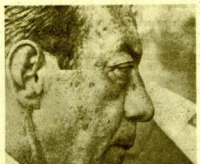
Politische Amnestie erwogen

Im Bundesjustizministerium werden Erwägungen über eine Amnestie für politische Straftäter angestellt. Unter eine solche Amnestie könnten u. a. alle Studenten und Polizeibeamte fallen, die sich während der Unruhen der letzten Zeit strafbar gemacht haben oder gegen die ein Verfahren eingeleitet worden ist.

HOLZ
Andresen & Jochimsen

Robert Wagner nach Madrid?

Der ehemalige Oberbürgermeister von New York, Robert F. Wagner, wird voraussichtlich als Nachfolger des im April nach Washington zurückgekehrten US-Botschafters Angier Biddle Duke nach Madrid entsandt.



Robert F. Wagner

Explosionsunglück

Bei einem Explosionsunglück auf dem Bundeswehrtruppenübungsplatz Hammelburg wurden am Mittwoch 20 Teilnehmer eines Lehrganges verletzt. Nach bisherigen Ermittlungen des Bundesverteidigungsministeriums ereignete sich aus noch unbeklärten Gründen 45 Minuten nach einem Wirkungsschießen mit Panzerabwehrraketen eine Detonation.

An vierter Stelle

Rund 44 000 Touristen aus der Bundesrepublik besuchten 1967 die Sowjetunion. Damit lag Westdeutschland unter den „kapitalistischen Staaten" hinter Finnland, Frankreich und Norwegen an vierter Stelle. Unter Touristen versteht die sowjetische Statistik jeden Ausländer, der die sowjetische Grenze überschritten hat und sich mindestens 24 Stunden in der UdSSR aufhält.

Alles liebt SILVETTA ZITRONEN-LIMONADE aus Naturbrunnen der Fismarck-Quelle
Es liegt soviel am guten Wasser

Barzel: „Aufstieg durch Bildung"

Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Rainer Barzel, hat gestern eine Reform des Bildungswesens als vordringliche Aufgabe der deutschen Innenpolitik bezeichnet. Der bisherige Slogan „Wohlstand für alle" müsse ergänzt werden durch die Parole „Aufstieg durch Bildung".

Verlag, Redaktion: 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6, Gesdäftsstellen: 2000 Hbg. 36, Gänsemarkt 53, u. 2 Hbg. 1, Mönckebergstr. 5, Telegr.: Abendblatt. Fernschreiber-Sammel-Nr. 02-11 998. Berliner Redaktion: Kochstr. 50, Tel. 61 03 84 75. Bonner Red.: An der Heuallee 2-10, Haus VII. Tel. 2 61 81. Frankfurter Red.: Frankenallee 71/81. Tel. 23 84 34. Dresdner Red.: Sachsenstr. 36, Tel. 22 19 11. Verlag u. Druck: Axel Springer & Sohn, Hamburg. Erscheint 6mal wöchentlich werktags. Inlandspreise: Frei Haus monatlich 6,20 DM (einschl. 29,5 Pf Mehrwertsteuer und 1,50 DM Zustellkosten). Selbstabholung 5,30 DM (einschl. 25,2 Pf Mehrwertsteuer). Postbezug 6,50 DM (einschl. 31 Pf Mehrwertsteuer und 2,57 DM Postvertriebsgebühren). Das Bezugsgeld ist zu Beginn des Lieferzeitraums zahlbar. Bei Nichtlieferung ohne Verschulden des Verlages oder bei höherer Gewalt kein Entschädigungsanspruch. Anzeigenpreisliste Nr. 24. — Postscheckkonto: Vertrieb u. Abonn. Hamburg 32 64. Anz. Hamburg 1 42 00.

Telefon 34 91 91

1000 erlesene Modelle und Spitzenerzeugnisse
aus mehr als 40 Polstermöbelfabriken Europas
zu wirklich bahnbrechenden Discount-Preisen

RICHTER

1000 Polstermöbel, Stilmöbel und Möbel im Schaufenster - Schenefeld bei Hamburg, Lornsenstraße 125